

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

11.10.1923 (No. 236)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlstr. 14
Zersprecher:
Nr. 953
und 954
Bestellkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Amend,
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für 8.—13. Oktober 45.000 000 M. — Einzelnummer 10.000 000 M. — Anzeigengebühr: 80 Grundmark für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Schlüsselsatz heute 200 000. Preise und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreiser Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Bereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontostückverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in unseren Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellungen der Zeitung kann nur je 6/8 25. auf Monatsbasis erfolgen.

* Mitten im Chaos

Jahrelang ist das Wort vom Zusammenbruch und vom Chaos bei uns in Deutschland mit solcher Regelmäßigkeit zur Kennzeichnung unserer Lage gebraucht worden, daß es sich schließlich einigermassen abgestumpft hat, zumal sich bisweilen herausstellte, daß die Situation faktisch doch um ein paar Striche günstiger aussah, als sie von den Propheten des Chaos geschildert wurde. Und doch haben diese Propheten recht behalten. Das ist jedoch nicht ihr Verdienst. Denn die Entwicklung, zumal des letzten Jahres, hätte unserer Überzeugung nach auch anders, d. h. verheißungsvoller für uns verlaufen können. Eine falsche Politik ist es gewesen, die die düsteren Prognostikationen jener Verrückten gerechtfertigt hat.

Heute sind wir allerdings mitten im Chaos drinnen. Und wenn überhaupt noch irgendwo die Situation verkannt oder falsch beurteilt wird, dann geschieht das nur nach der optimistischen Seite hin. Denen, die zu einem solchen Optimismus in einer solchen Stunde neigen, kann man nur anraten, die Tatsachen zu nehmen, wie sie sind, und das faktische Gewicht dieser Tatsachen anzuerkennen.

Die alles beherrschende Tatsache ist die, daß Frankreich und Belgien sich weigern, direkt mit der Reichsregierung über die Wiederherstellung normaler Zustände am Rhein und an der Ruhr zu verhandeln, daß sie es vielmehr vorziehen, sich an Ort und Stelle mit den für Verhandlungen in Betracht kommenden Körperschaften auseinanderzusetzen. Die Reichsregierung ist offiziell von dieser Absage unterrichtet worden. Gleichzeitig hat man sie auf den Weg hingewiesen, der zur Reparationskommission hinführt. Es ist das die bekannte Methode, vermittels deren man eine Angelegenheit auf die lange Bank schiebt, teils um sie überhaupt verhandeln zu lassen, teils um in der Zwischenzeit auf andere Weise ein fait accompli zu schaffen.

Warum Frankreich so handelt, ist nicht schwer zu erkennen. Wenn es sein Ziel, die wirtschaftspolitische Beherrschung des Rheinlandes und des Ruhrgebiets erreichen will, hat es so, wie jetzt die Sache ausgezogen wird, dazu die beste Gelegenheit. Und die Schwerindustrie hat sich ja denn auch bereits bereit, von sich aus Verhandlungen mit Frankreich aufzunehmen.

Von der einen Seite werden diese Verhandlungen geradezu als Landesverrat charakterisiert, von der anderen Seite wird das Vorgehen der Schwerindustriellen damit entschuldigt, daß nach Fortfallen der Ruhrhilfe die Arbeiter keinen Verdienst mehr hätten, daß also um jeden Preis die Arbeitsmöglichkeit wieder hergestellt werden müsse, und daß man, da es sich um Stunden handle, nicht so lange warten könne, bis Frankreich sich zu offiziellen Besprechungen mit der Reichsregierung entschließt.

Daß die Schwerindustrie die Situation ausnutzen würde, um auf sozialem und lohnpolitischen Gebiet die Arbeiterschaft fest unter ihre Krallen zu bekommen, war ja voranzusehen. Ebenso aber auch, daß die Arbeiterschaft, und zwar die Arbeiterschaft aller Schattierungen, sich dagegen auflehnen würde. Durch diese sozialpolitischen Kämpfe wird die Lage am Rhein und an der Ruhr natürlich nicht verbessert. Doch sind sie lediglich ein Teil des ganzen Problems. Außenpolitisch und innenpolitisch ist für uns die Tatsache, daß deutsche Schwerindustrie und Frankreich unter einseitiger Ausschaltung der Reichsregierung die Fühlung miteinander aufgenommen haben, das entscheidende. Wie es heißt, soll sich die Schwerindustrie jetzt nachträglich unter Vorlage aller in Frage kommenden Schriftstücke und Entwürfe an die Reichsregierung gewandt haben, so daß das Kabinett nunmehr selbst zu den Dingen Stellung nehmen kann. Tatsache ist aber doch, daß ohne Wissen und ohne Zustimmung der Reichsregierung die Vertreter der Schwerindustrie mit Frankreich verhandelt haben, mit demselben Frankreich, das noch bis vor kurzem von ihnen und von der ihnen ergebenen Presse als „Todfeind“ bezeichnet wurde. So ist es zu verstehen, daß sogar ein Mann, wie Helfferich, diese Verhandlungen mit Stauern und Beklemmung betrachtet.

An sich braucht man sich über diese Entwicklung der Dinge nicht zu verwundern. Vor dem Kriege war die Schwerindustrie die stärkste Macht, die es finanziell und wirtschaftspolitisch in Deutschland gab. Während des Krieges stieg diese Macht ins Ungemessene. Und nach der Revolution wurde dieselbe Macht rasch wieder hergestellt, und zwar mit Hilfe der Arbeiterschaft,

die sich durch die famose, heute erst richtig gewürdigte Zentralarbeitsgemeinschaft einfangen ließ, diesmal aber in einem Umfang hergestellt, der sogar noch über den der Kriegszeit hinausgeht. Natürlich hat die Schwerindustrie in allen drei Phasen glänzend verdient. Sie war vor dem Kriege, während des Krieges und nach der Revolution der Schwerverdiener schlechthin. Schieberexistenzen sind inzwischen hochgekommen und wieder gestraucht. Auch die Großagrarien und der Großhandel, sowie die Banken, haben während des Krieges und nach der Revolution großartige Geschäfte gemacht. Aber so glatt, wie bei der Schwerindustrie hat sich selbst bei ihnen das Verdienen nicht abgewickelt. Und als dann der passive Widerstand kam, da hat das Reich dank einer Politik, die eigentlich ins Irrenhaus gehört, diesen konstanten Schwerverdienern die Millionen und Billionen als Extrageschenk noch nachgeworfen.

Natürlich war das alles aus „patriotischen“ Gründen notwendig. Der „Patriotismus“ verlangt es nun einmal, daß einige wenige Bevorzugte unheimlich reich und mächtig werden, und die große Masse des Volkes hungert und darbt. Ebenso wie es diese Art Patriotismus verlangt, daß man dann, wenn sich mal irgend eine ernsthafte Schwierigkeit im Innern ergibt, Kallblut mit dem sog. Lobpreis der Nation verhandelt. Inzwischen senkt aber unter dem Druck der Schwerindustrie das ganze Land, und zwar nicht nur die Festbesoldeten, sondern auch der Einzelhandel und das kleinere Unternehmertum. Nur so ist es schließlich zu erklären, daß heute Politiker, wie Stresemann und Hermann Müller, Hand in Hand gehen, Angesichts der großen Gefahr, die von der Schwerindustrie droht, haben sich auch die Teile der Deutschen Volkspartei, die eben nicht unmittelbar an der Schwerindustrie interessiert sind oder unmittelbar unter ihrem Einfluß stehen, mit allen übrigen nolleidenden Schichten des Volkes verbunden, um so noch einmal den Kampf um die Rettung Deutschlands zu wagen.

Aber auch hier wieder hat die Schwerindustrie von vornherein dafür gesorgt, daß die Aussichten des Kampfes auf ein Minimum reduziert werden, und zwar durch jene Kabinettskrisis, die sie im Bunde mit den rechtsradikalen Parteien und Organisationen in der vorigen Woche hervorrief. Und diese Kabinettskrisis ist es, die im Zusammenhang mit den Vorgängen in Bayern — man lese nur einmal wieder die Erklärung des bayerischen Vertreters im Reichstag bei der Beratung des Ermächtigungsgesetzes — Frankreich einen unbezahlbaren Vorwand in die Hand gespielt hat, nämlich die Möglichkeit, vor der ganzen Welt zu erklären, daß die Reichsregierung ja doch keine rechte Autorität mehr habe, und daß es deshalb zweckmäßiger sei, an Ort und Stelle mit den Männern und den Körperschaften zu verhandeln, die die wirkliche Autorität besitzen und dieser Lage auch ganz offen das Vorhandensein dieser Autorität für sich in Anspruch nehmen.

So sehen die Dinge heute in Wahrheit aus. Wir sind mitten im Chaos drin. Und wer noch irgendwie daran zweifeln möchte, der wird durch den Sturz der Mark rasch eines Besseren belehrt. Der Dollar steht heute vorbörlich auf 7000 Millionen. D. h. die Goldmark ist mit circa 1/4 Milliarden Papiermark zu bezahlen. D. h., auf die Löhne und Gehälter übertragen, daß im Augenblick ein mittlerer Beamter ein Monatseinkommen von etwa 6 Goldmark bezieht. Und Privatbeamte und Arbeiter dementsprechend. Das Ermächtigungsgesetz mußte kommen. Heute soll seine dritte Lesung sein. Ob sich mit seiner Anwendung ein Weg aus dem Chaos wird finden lassen, das ist allerdings eine Frage, die klipp und klar zu beantworten, wohl niemand im Augenblick den Mut haben wird. Und doch ist dieses Gesetz unsere letzte Hoffnung.

Kommunistische Staatsstreichgelüste

IV. (Schluß)

In Lörrach wurde nach einer Verhandlung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Weiler-Bräuerei der Fabrikant Bogelbach schon am Montag, 17. September, schwer mißhandelt und verschleppt. Am darauf folgenden Dienstag wurde der Kaufmann Mayer auf offener Straße mißhandelt

und ebenfalls verschleppt. Letzteren fand man schließlich in Brombach bei einem Arzt, wo er verbunden wurde. Bei der Firma Englich & Co. waren von der Polizei Lastkraftwagen zum Gefangenentransport beschlagnahmt worden. Daraufhin wurde der erste Direktor derart bedrängt, daß er in die Schweiz flüchtete. Wie konnte das auch anders sein? Schon die Demonstration am 14. September stand vollständig unter der Leitung der kommunistischen Führer. Der Aufmarsch vor das Bezirksamt geschah sozusagen in militärischer Weise. Bevor die Menge hier abzog, verkündete der kommunistische Führer Herber den Generalstreik und ließ die Bauern- und Arbeiterregierung hoch leben. Aus der Menge wurde dann gerufen, nehmt den Amtsvorstand als Geisel mit, sonst ruft er die Schupo.

Die sich daran anschließende Befreiung der Gefangenen hatte weder mit den Lohnverhandlungen etwas zu tun, noch waren die Gefangenen wegen politischer Vergehen bestraft. Einer der Befreiten sah eine Strafe wegen Mißhandlung eines Rudelfabrikanten aus Hainingen ab. Auch die übrigen Gefangenen waren wegen gemeiner Vergehen (Nothelferlei) abgeurteilt. Nur weil dieselben sich als Kommunisten ausgaben, hielt man sie für politische Gefangene und nur deshalb begrüßten die kommunistischen Versammlungsredner die Gefangenenerfreierung als erste revolutionäre Tat. Bekannt ist auch, daß der Demonstration gewisse Übungen vorausgingen, denn wie wäre es sonst möglich gewesen, daß aus den verschiedenen Industrieorten bestimmte Gruppen in solbathischer Aufmachung nach Lörrach marschierten. Man sah Waffenträger, und die schnelle Einrichtung einer Sanitätsstation seitens der Demonstranten ließ doch auch nicht darauf schließen, daß nur Lohnverhandlungen beabsichtigt waren. Die Bewaffnung des einen von zwei aus Schopfheim gekommenen Kraftwagens gehört auch nicht zu den Mitteln eines Lohnkampfes. Bekannt ist schließlich auch, daß die in Basel wohnenden kommunistischen Führer während der feilischen Tage nicht in Basel anwesend waren. In Schopfheim wurde schon am 14. September ein Telegramm mit dem Inhalt: „Bringe Waffen mit B. D. F.“ und gleichzeitig ein solches an Sowjet-München, Dachauerstraße 29, mit dem Inhalt: „Bitte Verhärterung“ aufgegeben. Auch von Freiburg aus sollte ein Telegramm an die Zentrale in Berlin gehen, welches da lautet: „Witten um Ermächtigung zum selbständigen Vorgehen für Süddeutschland!“

In einem Flugblatt: „An die Arbeiterschaft“ vom 18. September wird der Bevölkerung zwar angeraten, die Straßen zu meiden, Frauen und Kinder von der Straße zurückzuführen, die Stilllegung der Wasser- und Gaswerke, der Elektrizitätsversorgung und der Mühlenbetriebe zeigt aber doch, wie wenig Verstand die Demonstranten für ihre eigene Lage aufbrachten. Erst als die Demonstranten am eigenen Leib verspürten, daß sie sich selbst das Leben abschneiden und als die Bauern drohten, wenn sie kein elektrisches Licht erhielten, werde die Zufuhr von Lebensmitteln eingestellt, korrigierte man dies unsinnige Verhalten.

Die Schutzpolizei, welche in der Frühe des 17. September nach Lörrach kam, hatte lediglich die staatlichen und gemeinlichen Amtsgebäude abgesperrt und gegen die Passanten nicht das Geringste unternommen. Wessen ungeachtet führten die Kommunisten ein fürchterliches Geschrei auf. In nicht wiederzugebender Weise wurden die Polizeibeamten beschimpft. Diese standen den Schreibern stumm wie Denkmäler gegenüber sie ließen sich nicht im geringsten provozieren. Als aber dann nachmittags 2 Uhr, wie von zuverlässigen Zeugen bestätigt wird, aus einem Haus in der Wallbrunnstraße Schüsse fielen, als die Menge gegen den Drahtzaun vorbrangte, machte die Sicherheitspolizei zur Verteidigung ihrer Stellung von der Waffe Gebrauch. Sie gab zunächst nur Schreckschüsse ab, schließlich aber auch scharfe Schüsse, weil die Menge sich auf die Schreckschüsse hin nicht zurückzog.

Ebenfalls durch Zeugen einwandfrei festgestellt ist schließlich auch, daß in der Nacht vom 17. auf 18. von der Kaserne Straße aus durch die Kirchstraße und vom Marktplatz aus durch die Wallbrunnstraße geschossen wurde. Wer will es den Polizeibeamten verargen, daß hierauf dieselben gleichfalls von ihren Waffen Gebrauch machten und den Bahnhof räumten, in welchem sich 120 Personen aufhielten. Viele dieser Personen waren von auswärts, insbesondere von Schopfheim. Warum waren dieselben nicht in ihren Heimatsorten verblieben?

Es ist immer wieder das alte Lied! Erst wird die Arbeiterschaft von den Kommunisten Wochen hindurch zu politischem Zweck aufgereizt, schließlich in völlig ungewerkschaftlicher Weise zur Verfolgung wirtschaftlicher Ziele verleitet und dann, wenn im Anschluß daran Gewalttätigkeiten gegen die geschliche Ordnung vorkommen, und hiergegen eingegriffen werden muß, ein Mordgeschrei erhoben. Das war nicht nur in Lörrach und Umgebung so; in Lahe und in verschiedenen anderen Orten hat sich dasselbe Schauspiel in völliger Über-

einmündung mit den Vorgängen in Österrich wiederholt. Schon am 13. September schrieb die Landtagsabgeordnete Frieda Unger von Raß an eine Parteifreundin in Eichen, Amt Schoppeim, im Anschluß an eine Mitteilung, daß sie, weil sie bald wieder völlig „auf dem Hund sei“, eine angemessene Versammlung nicht übernehmen könne; „aber jetzt geht's am „Sein“ oder „Nichtsein“, da heißt's arbeiten. Bei uns sind die Bauern alle „für uns“. Wir werden nicht untergehen, sondern siegen, sorgt Euch nicht!“ Der kommunistische Landtagsabgeordnete Gehler-Kirchhausen bei Innsbrücken war auffallenderweise in der kritischen Zeit auch in der Vörracher Gegend agitatorisch tätig. Er reiste nach dem Einrücken der Sicherheitspolizei ins Bodenseegebiet, um dort die Arbeiter zum Anschluß an den Generalfreil zu bewegen. Die befreiten Gefangenen seien zu Unrecht verurteilt gewesen, meinte er, deren Befreiung stelle also in erster Linie eine Korrektur des geltenden Rechts dar. In dem Blutbad sei es nur gekommen, weil die Polizei provokatorisch aufgetreten wäre. Herr Gehler sprach von 5-600 Toten, die es in Vörrach gegeben hätte; auch die Polizei habe ca. 8 Tote gehabt.

In derartig gewissenloser Weise versuchte man also die Arbeiterschaft in Baden gegen die Staatsverwaltung aufzuputten, die, wie wir gezeigt haben, nichts anderes tat, als getreu ihrer Verpflichtung dafür zu sorgen, jeden Versuch zur Gesetzlosigkeit und Gewalttätigkeit gegen die Staatsform niederzudrücken.

Die oben erwähnte Postkarte der Landtagsabgeordneten Frieda Unger, nimmt Bezug auf den agitatorischen Erfolg der Kommunisten bei den Kleinbauern. Dieser Erfolg ist in der Tat in Landbündnissen zu verzeichnen; weil die Landwirtschaft ebenso wie die anderen Stände des Volkes vom Reichstag zur Steuerleistung verpflichtet worden ist, bemächtigte sich der Bauernschaft naturgemäß eine tiefe Erregung. Bevor der Reichstag das hier in Frage stehende Steuergesetz erließ, hat doch keine Partei mehr gegen die geringe Steuerleistung der Landwirtschaft gewettert, als die kommunistische. Nun die menschlich durchaus verständliche Wirkung einer Steuererhöhung eintrat, sind es wiederum die Kommunisten, die aus dieser ursprünglich von ihnen angeführten Situation Vorteil zu ziehen suchen. Sie begaben sich bei jeder Gelegenheit in die Landbündnisse und konnten hier unter großem Beifall ihre Mienen springen lassen. Das bedauerliche Vorwissen in Ruff, Amt Eichenheim, hat in dieser Erscheinung seinen Ausgangspunkt.

Die Landwirte sind zur Zeit auch um die Sicherung ihrer Ernte besorgt. In Orten, wo der Landbund dominiert ist, hatten sie allerdings, ohne zu wissen, was rechtsorientierte Drahtzieher damit erzielen wollten, einen polizeilichen Selbstschutz organisiert. Davon ward den Staatsbehörden keine Mitteilung gemacht. Als aber in Vörrach der Konflikt ausgebrochen war, hielten es die Landbündnisse für opportun, dem Kommunistenführer Gerbster in Vörrach von der Existenz dieses Selbstschutzes Mitteilung zu machen mit dem Hinweis darauf, daß es sich nur um eine Vorbeuge gegen Plünderungen handle. Die Kommunistenführer, welche in jeder derartigen Organisationsbildung einen Postenputz wittern, haben von dieser ihnen gebotenen Meldung keinen agitatorischen Gebrauch gemacht. Die Seelenverwandtschaft oder das Verfehlen mit der Wurst nach der Speckseite mag wohl hier Keimort gewesen sein. Daß die Staatsbehörde bei dieser Gelegenheit auch gegen illegale Bewaffnung rechtsorientierter Personenteile einschritt, also auf neue den Beweis abschüchter Neutralität allen Staatsbürgern gegenüber erbrachte, verschwiegen man wohlweislich.

Die Entartung in der Anwendung von Kampfmitteln zur Erhebung einer Sicherung der wirtschaftlichen Lage war, wie hier wohl zur Genüge gezeigt ist, nur möglich, weil die breiten Arbeiterschichten den politischen Hintergrund, von welchem aus die kommunistischen Drahtzieher arbeiteten, nicht zu erkennen vermochten. Im Vörracher Gebiet hatten die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter es schon seit Jahren verübt, zwischen sich und der kommunistischen Partei eine scharfe Grenzlinie zu ziehen. Auch manch ein Gewerkschaftsführer hat es vorgezogen, die Fäden schleichen zu lassen und Mißachtung zu dulden, anstatt es einmal auf eine klare Auseinandersetzung ankommen zu lassen. Damit vermag man zwar eine Teilung seinen Mitgliederstand in der Gewerkschaft oder in der Partei behaupten, schließlich aber wird der agitatorische Erfolg immer bei jenen sein, die mit zielklarem Panier ihren Weg gehen. Das sind für Vörrach und Umgebung, wie auch die politischen Wahlen in den letzten Jahren bewiesen haben, die Kommunisten. Wenn jetzt also in der Folgezeit die Auseinandersetzung zwischen den Kommunisten und dem Staat die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter den Kommunisten so willfährig Gefolgschaft geleistet haben, so ist die Schuld hier nicht in dem Einsatz der Sicherheitspolizei zur Durchführung der Aufgaben seitens der Justiz zu erblicken, sondern in einer völligen Verkennung der Staatsnotwendigkeiten und in dem Mangel an der politischen und gewerkschaftlichen Erziehung. Die im Oberland maßgebende Tagespresse trägt hieran auch einen Teil der Schuld. Vor seiner Majestät, dem Kommunist, legt man sich gar zu oft auf den Bauch, wozu wirklich keine Veranlassung vorliegt.

Deutschland durchlebt zur Zeit seine schwerste politische Erschütterung. Es ist das die Folge des verlorenen Krieges. Das deutsche Volk befindet sich in tausend Nöten, wie sie die gegenwärtige Generation noch niemals kennen gelernt hat. Die Voraussetzung hierfür ist die Verstandlosigkeit gegenüber der politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die der verlorene Krieg der Allgemeinheit auferlegt. Wenn nun die verschiedenen Stände des Volkes zogen den Staat anrennen, und ihn schuldig sprechen für das Elend, ohne daran zu denken, daß sie ja selbst durch ihre Zügellosigkeit gegenüber den für sie aus dem verlorenen Krieg sich ergebenden Pflichten den gegenwärtigen Zustand herbeiführen helfen, dann beweist das, wie groß erst das Elend werden würde, wenn die Kommunisten zur Herrschaft kämen. Die Bauern und die Arbeiterschaft vor allem könnten dann erst einmal erfahren, was Polizei- und Militärgewalt anzurichten imstande wären.

Aber auch die Arbeiterschaft würde ihr blaues Wunder erleben. Wo die Ordnung aufhört und wo die Gesetzmäßigkeit des Lebens in den Wind geschlagen wird, tritt ein völliges Chaos ein. Dieses Chaos läßt sich verhindern, wenn jeder Stand mit den durch die Gesetzgebung ihm garantierten Mitteln seine Lebenslage zu verteidigen sucht. Alles andere ist Verirrung, der ein böses Erwachen auf dem Fuße folgen wird.

Poincarés Ablehnung

Poincarés Haltung zu der Demarche des deutschen Geschäftsträgers in Paris entspricht den Äußerungen der Kavalkorrespondenz. Pariser Blätter melden, Poincaré habe dem deutschen Geschäftsträger geantwortet, die Einstellung des passiven Widerstandes könne nur Anlaß zu Abkommen zwischen den alliierten Behörden und den Behörden der besetzten Gebiete an Ort und Stelle geben. Diese Abkommen seien auf den Weg des Abschlußes oder der Ausführung gebracht worden. Man habe deshalb keinen Anlaß, in diese rein lokalen Angelegenheiten durch Verhandlungen unter Regierungsbeteiligten einzugreifen. Jetzt, nachdem der passive Widerstand aufzuhören beginne, müsse Deutschland, wenn es Vorschläge zu machen habe, sich an die Reparationskommission wenden, die allein nach den Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles berechtigt sei, Entscheidungen in der Reparationsfrage zu treffen. Nach Brüsseler Meldungen ist zwischen Paris und Brüssel eine Einigung über die der deutschen Regierung zu erteilende Antwort betreffend die Einsetzung einer gemischten Kommission zu erwarten.

Erst dann also, wenn der ganze Industriebetrieb wieder so arbeitet, wie zu Beginn des französisch-belgischen Einbruchs, soll es der Reichsregierung freigestellt sein, sich an die Reparationskommission mit Vorschlägen zu wenden, und dann erst will man in Paris von Verhandlungen etwas wissen. Die nun entstandene Lage schädert eine Berliner Korrespondenz der „Frankf. Zig.“ u. a. folgendermaßen:

Es kann den Industriellen an sich kein Vorwurf daraus gemacht werden, daß sie den Weg zu General Degoutte gefunden haben, denn die bevorstehende notwendige Sperrung der staatlichen Subventionen auf der einen Seite, der Mangel einer direkten Verhandlung über die Wiederherstellung der Arbeit von Regierung zu Regierung auf der anderen Seite zwang sie ja geradezu, sich in eigener Regie nach den Möglichkeiten der Betriebsaufnahme umzusehen. Aber es mußte dafür von vornherein das gelten, was Abg. Pfeifferich im Reichstag mit folgenden Worten aussprach: „In einer Zeit und in einer Lage, in der wir uns befinden, dürfen von keiner Seite Verhandlungen geführt werden, über die nicht vorher die engste Vereinbarung mit der Regierung getroffen worden ist.“ Nach den Mitteilungen, die bis jetzt bekannt geworden sind, hat die Deputation der Ruhrindustriellen bei General Degoutte Anregungen über die Wiederherstellung der Bergbauarbeit im Bergbau vorgebracht, die von dem französischen General sofort mit der Erwidern abgewiesen wurden, daß diese Dinge zur Zuständigkeit der deutschen Regierung und Gesetzgebung gehören. Bisher sind diese Mitteilungen von keiner autorisierten Stelle durch sachliche Angaben widerlegt worden. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlichte eine Erklärung, daß alle bisherigen Darstellungen über die Verhandlungen in Düsseldorf „falsch“ seien und zum großen Teil auf Berichten der feindlichen Auslandspresse beruheten. Die der Schwerindustrie nahestehende „Telegraphen-Union“, die ebenfalls über die Düsseldorf Verhandlungen und ihr Nachspiel eine lange Meldung veröffentlicht, weiß auch nichts über die dunklen Punkte mitzuteilen.

Die Situation der Reichsregierung gegenüber den industriellen Wünschen ist nicht leicht und sie wird durch die starre Haltung der französischen Regierung noch erschwert, denn Herr Poincaré will, wie das berichtet, nur mit den Industriellen, und gerade nur mit diesen, verhandeln, um mit der Reichsregierung nicht verhandeln zu müssen. Das Kabinett muß sich also nach zwei Seiten hin wehren und versuchen, seinen Einfluß zur Geltung zu bringen.

Markkatastrophe und Währungsreform

Um das Ermächtigungsgesetz

Die neue geradezu groteske Entwicklung des Marktkurses beschwört die Gefahr schwerer wirtschaftlicher Störungen herauf. Wie die „Frankf. Zig.“ berichtet, begeben sich bereits am Mittwoch an der Berliner Produktenbörse Abschlüsse in Weizen Schwierigkeiten, weil Verläufe gegen Papiermark bei der raschen Entwertung des Geldes kaum mehr zustande kommen. Die unendlichen politischen Gefahren, die diese Entwicklung in sich schließt, liegen offen zu Tage. Wenn erst einmal die Nahrungsmittelversorgung der großen Städte, die da und dort nur mit stärksten Notbehelfen funktionierten, ins Stocken kommt, weil die Produzenten und der Handel ihre Ware gegen Papiermark nicht mehr abgeben, ist der Krieg aller gegen alle kaum mehr aufzuhalten.

Wie aus Berlin gemeldet wird, hofft die Reichsregierung, dieser Gefahr durch die beschleunigte Einführung einer neuen werbeständigen Währung noch rechtzeitig begegnen zu können, bevor sie in großem Maßstab akut wird. Sie plant, wie es heißt, unmittelbar nach der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes, das dem Reichstag vorliegende Währungsbankgesetz auf dem Verordnungsweg in Kraft zu setzen. Der neue Reichsfinanzminister Dr. Luther steht auf dem Boden des Regierungsentwurfs.

Die Reichstagsführung in der die für Deutschland lebenswichtige Frage entschieden wird, ob die Reichsregierung die in dem Ermächtigungsgesetz, dessen dritte Lesung noch ansteht, vorgeschlagenen wirtschaftlichen und finanziellen Vollmachten erhält, findet heute statt. Zu diesem Gesetz ist Zweidrittelmehrheit erforderlich und wenn auch die Koalitionsparteien für Dreiviertel der Stimmen des Parlamentes innehaben, so besteht doch die Möglichkeit, daß der Regierung nicht sämtliche Stimmen zur Verfügung stehen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der etwa 30 Stimmen umfassende linke Flügel der Sozialdemokraten und der rechte Flügel der Volkspartei, wenn

auch nicht in Opposition treten, so doch sich der Stimme enthalten. Es wird also darauf ankommen, ob es den Koalitionsparteien gelingt, bei der Abstimmung des Ermächtigungsgesetzes möglichst viele Mann an Bord zu bringen.

Die dem Kabinett nahestehende Berliner „Zeit“ nennt das Ermächtigungsgesetz den Schlüssel zu der ganzen Lage und erklärt, daß in diesem Gesetz die letzte Möglichkeit liegt, die Markkatastrophe aufzuhalten. Es handelt sich jetzt nicht mehr um Tage, sondern nur noch um Stunden. Das Blatt macht die Mitteilung, daß das Kabinett keine Maßnahmen so weit vorbereitet hat, daß sie sofort nach Annahme des Ermächtigungsgesetzes in Kraft treten können. Selbst ein so rechtsstehendes Blatt, wie der den industriellen Kreisen angehörende „Tag“, unterläßt es, Opposition auf jeden Fall zu treiben und vervollständigt die Mitteilung der „Zeit“ dahin, daß die Regierung eine ganze Reihe von Verordnungen über die Währungsreform, die Budgeteinschränkung und die Stilllegung der Rentenpresse fertig liegen hat.

Das Blatt erklärt, diese Verordnungen würden einen völligen Umsturz auf finanziellen und wirtschaftlichem Gebiet bedeuten. Im Zusammenhang damit werden auch die Verhandlungen erwähnt, die in New York über Fremdwährungen für die neue Währungsbank ausfindig gemacht werden. Außerdem wird berichtet, daß der Regierung die Aufnahme eines Materialkredits für Lebensmittel in Holland gelungen ist.

Berlin, 11. Okt. Wie die Blätter erfahren, scheinen die Aussichten für einen amerikanischen Kredit an Deutschland sich jetzt günstiger gestaltet zu haben. Das „Berliner Tageblatt“ will wissen, daß die Verhandlungen soweit gediehen seien, daß bereits ein bis ins Einzelne ausgearbeiteter amerikanischer Plan vorliege. Nach weiteren Informationen des gleichen Blattes sollen die Bedingungen, unter denen Deutschland ein derartiger Kredit gewährt werden soll, durchaus günstig sein. Die amerikanischen Geldgeber seien ein Bankenkongress. Die amerikanische Finanzhilfe soll nicht als Reparationsanleihe gegeben werden, sondern der Beteiligung an der künftigen Währungsbank dienen. Durchaus denkbar und wahrscheinlich sei, daß die Reichsbank in bereits absehbarer Zeit einen Teil der amerikanischen Kredite erhält.

Die ersten Verordnungen

Berlin, 11. Okt. Meldungen zufolge beschloß die gestern das Reichskabinett in mehrstündiger Sitzung mit den Forderungen der Ruhrindustriellen und bereit ferner über finanzielle und wirtschaftspolitische Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, sobald die Reichsregierung das Ermächtigungsgesetz erhalten hat. Voraussetzungen hierfür sind drei Verordnungen erlassen werden, von denen eine zur Preisverbilligung bestimmen wird, daß die Brotabgabe, die ursprünglich zweimal erhoben werden sollte, noch mehrmals erniedrigt werden soll. Eine weitere Verordnung wird sich mit den Streckungsleistungen der Kartelle und Subsidate befassen und die dritte würde den ursprünglich als Gesetz gedachten Plan der Bodenwährungsbank (Neumark) auf dem Wege der Verordnung durchführen. Andere Verordnungen sollen die Einschränkung der Reichsausgaben und die Einschränkung der Einfuhr behandeln.

Politische Neuigkeiten.

Deutscher Reichstag

Der Reichstag beschäftigte sich am Mittwoch mit kleineren Vorlagen, die die dritte Lesung des Ermächtigungsgesetzes erst am heutigen Donnerstag stattfinden kann. Nach dem Plane des Ältesten Ausschusses wird sich heute das Plenum bis nächsten Donnerstag vertagen und dann zur Erledigung des Arbeitszeitgesetzes auf einige Tage zusammenkommen. Weitere Dispositionen sind noch nicht getroffen.

Berlin, 10. Oktober.

Im Reg.-Rath Innenminister Sollmann, Präsident Lohde eröffnet die Sitzung 2.20 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die 2. Lesung des 4. Nachtrags zum Reichshaushaltsplan.

Ursprünglich wurden 30 000 Millionen neu angefordert. Die Summe soll aber, wie Abg. Schmidt-Stettin (Dt. Nat.) als Berichterstatter feststellt, dem Steigen des Dollars entsprechend weiter erhöht werden. Es handelt sich um Mittel zur Beschaffung von Getreide und Ausgaben für Ruhestätten, sowie notwendiges Geld für Beamtengehälter und Betriebsmittel zur Weiterführung der Reichsbetriebe. — Der Ausschuß schlägt eine Entlastung vor, welche die Länder ersucht, die Zahlungen für die kulturellen-sozialen Belange und die Zahlungen an die Revisionsgesellschaften mit Beschleunigung erfolgen zu lassen. Ferner wird eine Denkschrift gefordert über die durch die Aufhebung entfallenden Beschlagnahmenschäden und die Reparationsleistungen während dieser Zeit.

Der 4. Nachtragsetat will durch Anleihen und Reichsschatz-anweisungen 587 416 Millionen flüssig machen, wovon 30 000 Millionen zum Erwerb der notwendigen Brotgetreidevorräte bestimmt sind.

Abg. Höllein (Komm.) kommt auf die gestrige Aussprache beim Ermächtigungsgesetz zurück und richtet heftige Angriffe gegen den Abg. Andre, der er Renommierungsvertreter des Zentrums nennt. Alle Parteien einfl. der Sozialdemokraten ständen im Dienst der Schwerindustrie.

Abg. Barts (Komm.) wirft dem Reichsminister vor, er ginge damit um, die „Mote Fahne“ auf die Dauer zu verbieten. Die „Mote Fahne“ habe Stinnes Hochverräter genannt. Aber Stinnes gehe man nicht an den Krügen. (Große Unruhe bei der deutschen Volkspartei). Man werde jedoch Stinnes nach Hochverräter nennen dürfen (Anhalt, große Unruhe; der Redner wird zur Ordnung gerufen). Das Verbot der „Moten Fahne“ müsse sofort aufgehoben werden.

Der Nachtragsetat wird darauf in 5. und 6. Lesung angenommen. Angenommen wird der Entwurf zur Erhöhung der Raßgebühren.

Abg. Eßer (Zentr.) begründet einen Antrag, der die Reichsregierung ersucht, die in Betracht kommenden Ressorts unverzüglich gleich anzuknüpfen, Zahlungen aus öffentlichen Arbeiten und Lieferungsverträgen unter Aufhebung entgegenstehender Vertragsbestimmungen in werbeständigen Zahlungsmitteln (Goldanleihe oder Dollarschatz-anweisungen) oder durch Einzahlung auf ein werbeständiges Konto zu leisten.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Angenommen werden Entschuldigungen, welche die Reichsregierung ersuchen, die Vorküsse der Anstalten für Schul- und Bildungswesen mindestens in Höhe der Summen zu gewähren, die für die Anstalten der öffentlichen Wohlfahrtspflege ausgedacht werden. Weiter wird empfohlen, den Ausbau des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete zu beschleunigen in die Wege zu leiten.

Angenommen wird der Gesetzentwurf über die weitere Verlängerung der Verjährungsfrist des Steuerfiskusrechts, und der Gesetzentwurf über die Erhöhung der Vermögensstrafen und -bußen. Anträge auf Strafverfolgung von Abgeordneten werden, soweit sie Belästigungen durch die Presse betreffen,

blauf an die Tagung fand in der Schloßkirche eine Wendebacht in der Synodalkat Stadtpfarrer Kreuzer-Freiburg einen Vortrag über „Das Christentum als Schwäche oder Kraft“ hielt.

Der Stand der Feldgewächse in Baden Anfang Oktober 1923

Die Witterung war in der ersten Septemberhälfte trocken, warm und sonnig. In der dritten Septemberwoche setzten Niederschläge ein, die jedoch in mehreren Bezirken, insbesondere in der südlichen Landeshälfte, nicht immer genügten um den Kulturen aufzuhelfen.

Wie das Statistische Landesamt mitteilt, wurde die im Gang befindliche Kartoffelernte in manchen Gegenden wieder eingestellt, weil gehofft wird, daß der Regen das Wachstum wieder anregt und eine Erhöhung des Ertrags herbeiführt. Die bis jetzt geernteten Frühkartoffeln waren in den meisten Fällen ziemlich klein, während bei den Spätartoffeln die Erträge jetzt schon da und dort besser ausfallen als man erwartet hatte. Unter den vorliegenden Berichten über die Kartoffelernteaussichten hinsichtlich der Menge lauten nur etwa 30 vom Hundert auf gering oder unter Durchschnitt, während 70 v. H. eine mittlere oder ziemlich gute bis gute Ernte annehmen. Im allgemeinen wird jedoch der Gesamtertrag hinter dem des Vorjahres wesentlich zurückbleiben. Die sonstigen Getreide, Runkel- und Stoppeln sowie Zuckerrüben, kommen voraussichtlich über eine Mittelernie nicht erheblich hinaus.

Das Herbstfutter von Klee- und Luzernerde ist meist nur gering, auch die Herbstweide auf den Wiesen ist vielfach ziemlich spärlich.

Die Ernte des Tabaks, der sich in letzter Zeit noch günstig entwickeln konnte, hat begonnen, und liefert etwas über mittlere Erträge.

Die Herbstbestellung hatte sich da und dort verzögert, wird jedoch jetzt allgemein in Angriff genommen. Zum Teil sind die Winterfrühen bei günstigem Wetter schon in den Boden gebracht und werden bei Fortdauer der feuchtwarmen Witterung bald anlaufen.

Aber weitere Ausnahme der Mäuseplage kommen Berichte aus einer Anzahl von Bezirken, insbesondere aus dem mittleren, nördlichen und nordöstlichen Baden. Auch die Klagen über Engerlingfraß wollen nicht verkümmern.

Die Weinlese hat teilweise schon begonnen. Am Bodensee liefern die klein gebliebenen Weizen wenig aber guten Most. Am Kaiserstuhl ist das Ertragnis fast Null infolge von Spätfrost, Heu- und Sauerwurm. In der Markgräfler Gegend sind die Aussichten mittel bis unter mittel, in der Ortenau (Ober- und Unter-), in der Oberrhein- und in der Bühler Gegend mancherorts recht befriedigend. In den übrigen Weinbaugebieten versprechen die Reben bei zumeist spärlichem Behang da und dort einen guten Tropfen, namentlich von den Edelorten, während die Amerikaner heuer fast völlig verfallen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Betrieb des Landesbades in Baden-Baden. Das Landesbad in Baden wird am 31. Oktober 1923 geschlossen werden. Zugverkehr. Vom Sonntag, den 14. Oktober an fahren die Züge 1006, Mannheim-Ortenau ab 6.14 vorm., 1018 (B.), Mannheim-Ortenau ab 3.50 nachm. und 1007, Reiskab ab 6.38 vorm. auf dem Haltepunkt Luftschiffwerft durch. Vom Sonntag, den 15. Oktober an fallen die Schnellzüge D 244/D 54, Heidelberg ab 1.44, Stuttgart an 3.50 vorm. und D 56/D 93, Stuttgart ab 2.02, Heidelberg an 4.15 vorm. wegen ungenügender Befehlung aus.

Die Schlüsselzahl des Einzelhandels vom 11. Oktober beträgt 100 Millionen (Vorjahr 99 Millionen). Nr. 65 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Bekanntmachung und Verordnung: des Finanzministers; die Organisation der Bezirksförsterverwaltung; des Justizministers; über den Vollzug des Kostengesetzes.

Aus der Landeshauptstadt

Sinfoniekonzerte des Bad. Landestheaters.

Seit einigen Tagen sind die Programme der für die Spielzeit 1923/24 vom Landestheaterorchester vorgesehenen Sinfoniekonzerte veröffentlicht, deren Zahl auf 10 erhöht wird. Bestenfalls können die Klavier ein; so ist der erste Abend Bach, Mozart, Händel und Beethoven gewidmet, reinklassisch sind auch die Vortragsfolgen des 6. und 7. Konzerts, von denen jedes ausschließlich mit Werken von Beethoven und Haydn ausgefüllt wird. Der älteren und neueren Romantik bleibt das dritte Programm vorbehalten, wo zum ersten Mal Fikner's Klavierkonzert durch den berühmten Pianisten W. Gieseking aufgeführt wird. Verdner ist mit der dritten und ersten Sinfonie (diese als östliche Reglaufführung) vertreten, Brahms mit der zweiten Sinfonie. Von G. Mahler wird man zum ersten Mal die sechste Sinfonie hören, von Strauß die Sinfonia domestica. Rauter Novitäten verspricht das fünfte Konzert, so von Robert Heger die erste Sinfonie, von R. Stefan die Musik für Orchester und von R. Heger die Beethoven-Variationen. — Eines der letzten Konzerte bringt die Matthäus-Passion. Neben dem ständigen Leiter der Konzerte sind auch Gastdirigenten verpflichtet und zwar zunächst Prof. Dr. Hans Fikner und Robert Heger (1. Kapellmeister am Nationaltheater München). Als Solisten für verschiedene Konzerte sind vorgemerkt: W. Gieseking (Klavier), Ottomar Voigt (Violine), F. Trautwetter (Cello). Die Matthäus-Passion leitet Prof. G. R. Schmid. Bemerkenswert sei, daß Abonnenten aller zehn Konzerte auf die jeweilige Stufenpreise eine Ermäßigung von 20 Prozent erhalten. Das erste Sinfoniekonzert findet Montag, den 15. Oktober, statt.

In enger Verbindung bezw. Ergänzung zu den Sinfoniekonzerten steht eine Anzahl musikalischer Morgenfeiern, von denen zwei auf die interessante Zeit vor Bach zurückgreifen und seltene Kammermusikwerke von Schein, Telemann, Corelli, Dähler, Stölzel und Stamitz zur Aufführung bringen. Für die bedeutendsten Klavier- und Romantiker ist je eine ganze Veranstaltung vorgesehen. — Von modernen Komponisten erscheinen Strauß (Bläser-Serenade), Sandberger (Trio) und in der letzten Morgenfeier Krenek (Musik für 9 Soloinstrumente), Hindemith (Marienlieder) und Bauhnen (4. Sinfonie für kleines Orchester). Auch diese Programme sind geeignet, die Aufmerksamkeit aller musikalischen Kreise auf sich zu lenken.

Die Große Deutsche Kunstausstellung Karlsruhe 1923 wurde am Dienstag durch ein Konzert in den Ausstellungsräumen geschlossen. Professor Dr. Billing dankte Allen, die an dem Erfolg der Ausstellung beitragen haben und betonte, daß die Ausstellung ein Erfolg sei, sowohl in ideeller als auch in materieller Hinsicht. Sie habe ein gutes Bild der künstlerischen Bestrebungen der Zeit in Deutschland dargestellt. 662 Künstler hätten sich an ihr beteiligt, darunter etwa 60 Prozent aus dem außerbadischen Deutschland. Daher sei der Name Deutsche Kunstausstellung durchaus berechtigt gewesen. Das Konzert wurde in der bekannten meisterhaften Weise von unserem Landestheaterorchester unter der Leitung Cortis leggis ausgeführt. Frau Billen sang mit großen Beifall einige Brahmslieder.

Landestheater. Das Schauspiel „Der Marquis von Keltz“, das am Samstag, den 13. Oktober zur hiesigen Erkaufführung kommt, gehört zu denjenigen Dramen Franz Wedekinds, in denen dieser „Ehster der Amoral“, dieser verstandeslosste Kaiser der Sünde wider das Fleisch und der urchimlichen Lebenstriebe die grösste Einseitigkeit und wahnhaftige Verzerrtheit seiner Welt- und Lebensanschauung in all ihrer fröhlichen Kraft darstellt. Die besondere Stellung, durch die er als eine der markantesten Erscheinungen aus der modernen Literaturentwicklung herausragt, wird auch hier mit demonstrativer Deutlichkeit erkennbar. Dem Wesen des Werks entsprechend, wird die Inszenierung durch Felix Baumhach weder durch das Bühnenbild noch durch die Darbietung etwa dem Stil des naturalistischen Milieustücks angepaßt sein, sondern eine andere, vom künstlerischen Charakter des Stücks geforderte Bühnenmäßige Ausdrucksform wählen. — Die Titelrolle spielt Stefan Dahlen. — Der außerordentliche Erfolg der „Josephslegende“ hat die Generaldirektion veranlaßt, das Werk außer am Donnerstag, den 11. zum letzten Mal am Freitag, den 12. Oktober mit den Gästen Karl Gadesow und Ami Schwaninger aufzuführen. Die Aufführung des „Armen Heinrich“ muß deshalb verschoben werden. Das auf diesen Tag fällige Monnoment D 4 und die Theatergemeinde Nummern 1401—1900 werden auf Mittwoch, den 17. (Verbis Aida) verlegt.

Neue Erhöhung der Eisenbahntarife. Vom 13. Oktober ab werden die Schlüsselzahlen für Eisenbahntarife im Personenverkehr 120 und im Güterverkehr 350 Millionen betragen. Bei dieser Erhöhung ist die letzte außerordentliche Geldentwertung noch nicht berücksichtigt worden.

Erhöhung der Steuer. Der nach Vornahme der Steuerermäßigungen für die Lohnsteuer einzubehaltende Betrag ist in allen Fällen auf volle 100 000 Mark nach unten abzurunden.

Rhein-Mühlhilfe-Marken. Der Verkauf von Rhein-Mühlhilfe-Marken seitens der Postanstalten wird mit sofortiger Wirkung eingestellt.

Die kürzeste Straßenbahnfahrt kostet ab Donnerstag, den 11. d. M. 20 Millionen M.

100jähriges Geschäftsjubiläum. Die Firma Gebr. Lechtlin, Papiergroßhandlung in Karlsruhe, konnte in diesen Tagen auf ein 100jähriges Bestehen zurückblicken.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

am 11. Oktober vorbörslich

Tendenz: steigend.

	11. Oktober	10. Okt. 1923
Amsterdam	2 750 000 000	1182 067 500.— 1167 912 500. *
Kopenhagen	—	529 685 000.— 523 365 000. *
Italien	—	134 662 500.— 135 337 500. *
London	32 000 000 000	1 346 625 000.— 1 353 375 000. *
Newyork	7 000 000 000	2 967 582 500.— 2 982 437 500. *
Paris	—	181 545 000.— 182 455 000. *
Schweiz	—	528 675 000.— 531 325 000. 10
Braga	—	89 775 000.— 90 225 000. 25

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent.
Amstliche Dollarnotierung der Frankfurter Börse
vom 10. Okt.: Geld 3690 750 000, Brief 3709 250 000.

Wertbeständige Anlagen

Zur Anlage für Münzelgelder und als wertbeständige Effekten sind zugelassen:

Letzter Kurs: (in Tausend Mark)

5% Badische Kohlenwert-Anleihe	ca. 20 000 000
6% Mannheimer Kohlenwert-Anleihe	ca. 18 500 000
5% Rhein-Rain-Donau-Gold-Anleihe	ca. —
5% Badische Goldanleihe	ca. —
5% Preussische Stahl-Anleihe pro 100 kg	ca. —
5% Sächsische Roggen-Anleihe pro Ztr.	ca. —
5% Süddeutsche Festwertbank-Oblig.	ca. —
Dollarschatzanweisungen des Deutschen Reichs	ca. 6 000 000
Ferner nennen wir noch die nicht mündelbare	
5% wertbeständige Anleihe Freudenberg Carl, G. m. b. H., Lederfabrik Weingheim	ca. 788 000
Goldanleihe d. Deutschen Reiches	ca. 5 500 000

Die Freiburger Weinbörse wird am Samstag, den 13. Oktober von nachmittags 2 Uhr an im „Kopf“ ihren zweiten Börsen- und Trefftag abhalten unter Beteiligung des Verbandes badischer Edelbranntweinbrennereien. Auch die Hauptverbände des badischen Weinbaus haben die Unterstützung und den regelmäßigen Besuch der Freiburger Weinbörse zugesagt. Bei der nächsten Vorjenszusammenkunft soll bestimmt werden, wann und wie oft die regelmäßigen Börsentage stattfinden sollen. Es kann den früheren Berichten nachgetragen werden, daß schon am ersten Börsentage, am 23. September, bedeutende Kaufabschlüsse getätigt und angebahnt wurden.

Einzelhandel und Banken. Die Landeszentrale des badischen Einzelhandels hat einen Protest gegen die Verschärfung der Bankbedingungen beschlossen. Darin verlangt sie mit allem Nachdruck eine Abänderung der rigorosen Bestimmungen.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Kartoffelversorgung.

Auf Grund der §§ 6 und 13 der Verordnung über Notstandsversorgung vom 13. Juli 1923 (RGBl. S. 718 ff.) wird mit Zustimmung des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft folgendes bestimmt:

§ 1.

Kartoffeln dürfen auf der Bahn in Wagenladungen sowie mittels Schiff nach Orten außerhalb des Landes Baden nur mit Beförderungspapieren, die einen besonderen Stempel tragen, versandt werden.

§ 2.

Die Stempelung der Beförderungspapiere erfolgt durch die Landesversorgungsstelle in Karlsruhe.

§ 3.

Vorsätzliche Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften in § 1 werden mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.
Bei fahrlässiger Verletzung tritt Geldstrafe ein.
Neben der Strafe kann auf Einziehung der Besenstände erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, auch wenn die Besenstände weder dem Täter noch einem Teilnehmer gehören.

§ 4.

Die vorstehenden Bestimmungen treten am 10. Oktober 1923 in Kraft.
Die Inkraftsetzung des Stempelzwangs, auch für den innerbadischen Verkehr, bleibt zunächst vorbehalten.
Karlsruhe, den 11. Oktober 1923.

Der Minister des Innern,
Remmle.

Bekanntmachung.

Die Prüfung im Aufbesichtig.

Die nächste öffentliche Prüfung im Aufbesichtig wird in der zweiten Hälfte des Monats November 1923 vorgenommen. Anmeldungen sind schriftlich spätestens bis zum 10. November 1923 bei dem Bürgermeisterrat des Wohnorts unter Anschluß des Geburtscheins des Bewerber und eines bürgermeisteramtlich beglaubigten Nachweises über eine mindestens vierjährige Tätigkeit im Schmiedehandwerk einzureichen.

Das Bürgermeisterrat hat das Gesuch sobald dem Ministerium des Innern vorzulegen, das über die Zulassung des Bewerbers zur Prüfung entscheidet.

Karlsruhe, den 8. Oktober 1923.

Der Minister des Innern,
Remmle.

Bekanntmachung.

Die Zulassung der von der Redar-Aktiengesellschaft ausgebenen Teilhaberschreibungen auf den Inhaber an der Mannheimer Börse.

Auf Grund des § 40 des Wertengesetzes vom 27. Mai 1908 (RGBl. S. 215) und der badischen Verordnung vom 17. November 1908, den Vollzug des Wertengesetzes betr. (G. S. M. S. 635), wird angeordnet, daß es für die im Jahre 1923 von der Redar-Aktiengesellschaft ausgegebenen oder noch auszugebenden Teilhaberschreibungen im Betrag von 5 200 000 Goldmark bei ihrer Einbringung an der Mannheimer Börse der Einzeichnung eines Prospektes nicht bedarf.

Karlsruhe, den 10. Oktober 1923.

Der Minister des Innern,
Remmle.

Bekanntmachung.

Staatsärztliche Dienstprüfung.

Diejenigen Tierärzte, welche sich der diesjährigen staatsärztlichen Dienstprüfung unterziehen wollen, haben ihre Gesuche mit den nach § 2 der Verordnung vom 17. Mai 1900 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 789) erforderlichen Nachweisen spätestens bis zum 1. November 1923 anher einzureichen.

Karlsruhe, den 6. Oktober 1923.

Der Minister des Innern,
Remmle.

Der Stadt Mannheim wurde die Genehmigung erteilt, wertbeständige Scheckbescheinigungen auf den Inhaber bis zum Gegenwert von 50 000 Tausend Reichsmark sowie die zugehörigen Zinsscheine auf den Inhaber auszugeben.

Karlsruhe, den 9. Oktober 1923.

Der Minister des Innern,
Remmle.

Der Stadt Heidelberg wurde die Genehmigung erteilt, wertbeständige Scheckbescheinigungen auf den Inhaber bis zum Gegenwert von 50 000 Reichsmark Nadelnholz IV. Klasse sowie die zugehörigen Zinsscheine auf den Inhaber auszugeben.

Karlsruhe, den 9. Oktober 1923.

Der Minister des Innern,
Remmle.

Die erste juristische Prüfung im Spätjahr 1923. Auf Grund der im Spätjahr 1923 abgelegten ersten juristischen Prüfung sind folgende Rechtskandidaten zu Referendaren ernannt worden:

Bartholomä, Walter, aus Heidelberg, Brenner, Friedrich, aus Sandshausen, Gertel, Hans, aus Baden-Baden, Erglehen, Eduard, aus Karlsruhe, Giller, Walter, aus Badenweiler, Hahn, Edwin, aus Durlach, Hennel, Anton, aus Ettlingen, Hennemann, Werner, aus Freistadt, Horschler, Erich, aus Collmar, Lann, Eugen, aus Darmstadt, Loewer, Albrecht, aus Winterthur, von Menzinger, Friedrich, Rudolf, aus Langen, de Millas, Hermann, aus Mannheim, Rheinisch, Fritz, aus Badensberg, Riederer, Egon, aus Mannheim, Ruffer, Wilhelm, aus Badensberg, Schell, Heinrich, aus Bad, Scheurer, Friedrich, aus Mannheim, Kürschner, Paul, aus Sandhausen.

Karlsruhe, den 7. Oktober 1923.

Der Justizminister.

Die Festsetzung der Ortslöhne nach der R. V. D. betr. Auf Grund der §§ 149 ff. R. V. D. wird der ortsbüchliche Tageslohn gewöhnlicher Lagerarbeiter (Ortslohn) mit Wirkung vom 1. Oktober 1923 an festgesetzt wie folgt:

Im Bezirk der Versicherungsämter	Männer			Frauen		
	über 25 J.	von 16 bis 21 J.	unter 16 J.	über 21 J.	von 16 bis 21 J.	unter 16 J.
1. Achern, Bretten, Bühl	118	102	73	77	71	53
2. Bruchsal, Ettlingen, Kastell und Randgemeinden Baden, Durlach, Karlsruhe u. Forstheim	122	105	61	81	73	57
3. Stadtgemeinden: Baden, Durlach, Karlsruhe, Forstheim	146	130	89	105	89	60

Karlsruhe, den 4. Oktober 1923.

Bad. Oberversicherungsamt.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw.

der Planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Justizministeriums.

Ernannt:

Gerichtsassessor Clemens Beringer zum Regierungsrat beim Justizministerium; Justizobersekretär Peter Wör beim Amtsgericht Mannheim zum Justizinspektor.

Zurückgesetzt auf Ansuchen bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit:

Oberamtsrichter Friedrich Elbs in Mannheim.

Badisches Landestheater.

Freitag, 12. Okt. 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr. Sp. I 5 00 M.

Gastspiel von Irl Gadesow und Ami Schwaninger

Zum letzten Mal:

Die Josephslegende

Vorher: Tod und Vorklärung